

Was bewegt Israel im Juli 2008?

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

am 28. Juli 2008 meldeten die israelischen Zeitungen, dass die israelische Armee 2,4 km des Sicherheitszaunes zwischen Israel und der Westbank abreißen werde. Kosten: 50 Millionen Schekel (ca. 9,35 Millionen Euro). Die 2,4 km werden ersetzt durch 4,9 km, die dichter an der Grünen Grenze liegen und in etwa den Vorschlägen des Rates für Frieden und Sicherheit, eines Zusammenschlusses nationaler Sicherheitsexperten Israels, folgen. Dadurch kommen 2.500 Dunam Land wieder an ihre palästinensischen Besitzer.

Der Zaun wurde in der betroffenen Gegend im Jahr 2003 gebaut. Palästinensische Einwohner riefen den Obersten Gerichtshof Israels an. Dieser entschied in diesem und in anderen Fällen, dass der Zaun dichter an die Grüne Grenze verlegt werden muss.

In einem Urteil von 2006 kritisierte der Gerichtshof die israelische Regierung scharf für den Umstand, dass sie dem Gericht verschwiegen hatte, dass der ursprüngliche Verlauf des Zaunes nicht Sicherheitsgründen geschuldet war, sondern den Expansionsplänen der nahe gelegenen jüdischen Siedlung. In dem berühmten Urteil zum Verlauf des Zauns bei dem palästinensischen Ort Bi'lin wiederholte das Gericht seine Position, dass der Verlauf des Zaunes auf Sicherheitserwägungen beruhen muss und nicht von den Erweiterungsplänen von Siedlungen diktiert sein darf.

Das Verteidigungsministerium verschleppte die Umsetzung der Urteile und es wird vermutet, dass der im Februar 2007 ernannte neue Generalstabschef die jetzige Entscheidung befördert hat, weil er der Auffassung ist, dass die Regierung und nicht das Verteidigungsministerium den Verlauf der Sperranlage festlegen soll.

Welches ist der Stand der Sperranlage, wo ist sie warum noch fertiggestellt, wann wird sie fertig sein?

Dr. Ursula Wokoeck analysiert in ihrem Juli-Bericht den Hintergrund und den aktuellen Stand des Projektes „Zaun-Mauer-Sperranlage“ sowie der Aktivitäten, die sich gegen die Sperranlage bzw. gegen ihren Verlauf richten.

Nach Shaul Arieli vom Rat für Frieden und Gleichheit besteht das Hauptproblem darin, dass in allen Gebieten, in denen der Zaun nicht gebaut wurde, der vorgeschlagene Verlauf tief in die Westbank führt. Es bestehe keine Aussicht darauf, dass die USA oder der Oberste Gerichtshof Israel diesen Verlauf akzeptieren würden. Auf diesem Hintergrund ist der Bau praktisch eingefroren. Das für die nächsten beiden Jahre vorgesehene Budget umfasst nur ein Drittel des für die Fertigstellung benötigten Geldes. Nach Einschätzung von Arieli wird der Zaun nie fertiggestellt werden, außer es gebe ein Abkommen mit den Palästinensern oder eine neue Terrorwelle.

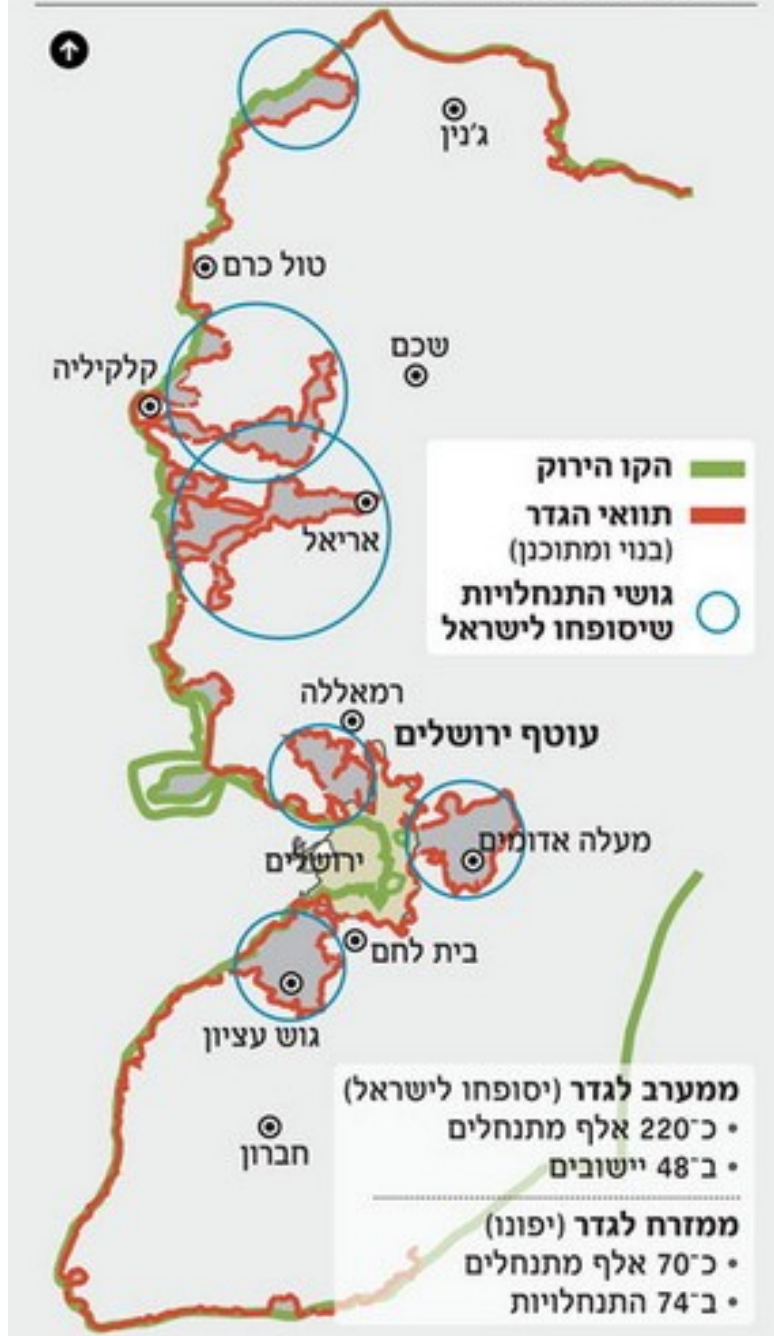
Dem Bericht ist im Anhang eine Karte beigelegt, die heute in der hebräischen Ausgabe der Tageszeitung Haaretz veröffentlicht wurde. Sie zeigt sehr übersichtlich die Grüne Linie sowie (in rot) den geplanten Verlauf der Sperranlage. Wer sehen möchte, welche Teile bisher gebaut wurden, sollte auf den Link zu der Menschenrechtsorganisation B'Tselem (Fußnote 5) gehen.

Demnächst werden Sie auf der Homepage des Israel-Büros der Heinrich Böll Stiftung die im letzten Schreiben angekündigten Informationen zu der Veranstaltung „Leben nach dem Überleben – Shoah-Überlebende in Israel“ finden. Außerdem wird dort bald ein vierminütiger Kurzbeitrag über die Arbeit der Stiftung in Israel eingestellt werden: <http://www.boell.org.il/>

Herzliche Grüße aus Tel Aviv

Jörn Böhme und das Israel-Büro der Heinrich Böll Stiftung

חלוקת הגדה, לפי ההצעה



Israels umstrittener „Sicherheitszaun“

In der letzten Zeit war der Bau des „Sicherheitszauns“ im Westjordanland (West Bank) wiederholt ein zentraler Gegenstand öffentlichen Interesses. Unter anderem trugen dazu Ereignisse während der Protestaktionen gegen den Bau des „Sicherheitszauns“ in der Umgebung von Modi'in bei dem palästinensischen Ort Ni'lin bei. So wurde ein Amateurvideo publik, das dokumentiert wie am 7. Juli 2008 ein israelischer Soldat auf einen festgenommenen und gefesselten Palästinenser mit einem Gummigeschoss schießt.¹ In der der Veröffentlichung folgenden Vernehmung sagte der Soldat aus, dass er auf Befehl seines (bei dem Vorfall anwesenden) Vorgesetzten gehandelt habe.² Am 30. Juli 2008 wurde ein zehn-jähriger Junge bei einer Protestaktion durch israelische Streitkräfte getötet, und am Tag der Beerdigung wurde ein 17-Jähriger durch einen Kopfschuss so schwer verletzt, dass er einige Tage später starb.³ Auch andere Anzeichen, wie zum Beispiel der Einsatz von „Abwasser“-Werfern gegen Demonstranten,⁴ sprechen dafür, dass die israelische Regierung fest entschlossen ist, die anhaltenden Proteste der palästinensischen Bevölkerung zusammen mit israelischen Gruppen (insbesondere den „Anarchisten gegen die Mauer“) und Vertretern von Solidaritätsbewegungen im Ausland zu unterdrücken und den Bau des „Sicherheitszauns“ fortzusetzen.⁵

Aber auch Kritiker aus Kreisen, die den Bau des „Sicherheitszauns“ nicht grundsätzlich ablehnen oder ihn sogar befürworten, haben in der letzten Zeit ihre Kritik erneut und detailliert vorgetragen. Dazu gehörte die Veröffentlichung eines von Shaul Arieli und Michael Sfarid gemeinsam geschriebenen Buchs, „The Wall of Folly“ (in Hebräisch).⁶ Arieli diente bis 2001 als Offizier in der israelischen Armee. Zur Regierungszeit Yitzhak Rabins stand Arieli der Verwaltung des Interimabkommens mit den Palästinensern vor. Während Ehud Barak's Amtszeit war er der Leiter des administrativen Teams der Camp David II Verhandlungen (final-status negotiations). Er ist aktives Mitglied des Rates für Frieden und Sicherheit,⁷ eine Nicht-Regierungsorganisation (NGO), der ca. 1200 Mitglieder angehören, die ehemals führende Positionen in den israelischen Sicherheitskräften innehielten. Michael Sfarid ist ein Anwalt, der sich auf Menschenrechtsfragen insbesondere in den besetzten Gebieten spezialisiert. Er arbeitet u.a. bei Projekten von „Yesh Din“, einer 2005 gegründeten NGO von „Voluntären für Menschenrechte“,⁸ und den „Peace Now“-Projekten zur Siedlungspolitik und -Praxis mit. Ihr Buch fand nicht nur Beachtung in der Presse,⁹ sondern wurde auch zum Thema einer speziellen Veranstaltung des Tami Steinmetz Zentrums für Friedensforschung der Tel Aviv Universität (14 Juli 2008), bei der das „Zaun“-Projekt der Regierung weitreichend kritisiert wurde.

Die im Hebräischen als „Sicherheits-“, oder „Trennungszaun“ bezeichnete Konstruktion, die auf Deutsch meist „Sperranlage“ genannt wird, besteht in der Regel aus einer Reihe von parallel laufenden Zäunen und zusätzlichen

Sicherungsvorrichtungen und ist ca. 50-70 Meter breit. Auf der West Bank-Seite beginnt sie meist mit einem anderthalb bis zwei Meter hohen Zaun aus aufgetürmten Stacheldraht; dann folgt ein Graben, der Fahrzeuge aufhalten soll. Zwischen dem Graben und einem zweiten, ca. 3 Meter hohen Zaun, der mit Bewegungsmeldern ausgestattet ist, verläuft ein Patrouillenweg. Auf der anderen Seite des zweiten Zauns befindet sich ein Sandstreifen (zur Verfolgung von Fußspuren), dann ein asphaltierter Patrouillenweg, ein zweiter Sandstreifen, gefolgt von einem dritten Zaun aus aufgetürmten Stacheldraht. Weiterhin gibt es Überwachungskameras und Wachtürme.¹⁰ An Stellen, an denen eine solch breite Konstruktion nicht möglich ist (wie zum Beispiel bei Qalqilya und Jerusalem), ersetzt eine meist 6 bis 8 Meter hohe und 3 Meter breite Stahlbetonmauer (einschließlich Wachtürmen und Überwachungskameras) den „Zaun“.

Die Idee eines „Sicherheitszauns“ geht auf die Zeit der Regierung unter Yitzhak Rabin zurück. Im Zuge der Osloer Verträge (das Grundsatzabkommen im August 1993 und das Gaza-Jericho Abkommen im Mai 1994), die Yasser Arafat als Chef der palästinensischen Autonomiebehörde nach Gaza brachten, beschloss die Rabin Regierung einen „Trennungszaun“ um den Gazastreifen zu errichten. Der Bau des „Zauns“ zwischen Israel und dem Gazastreifen begann 1994 und wurde 1996 abgeschlossen. Nachdem der „Zaun“ während der *al-Aqsa Intifada*, die September 2000 begann, stark beschädigt worden war, konnte er bis Mitte 2001 wieder repariert und weiter verstärkt werden. Nach einem Terroranschlag bei Bet Lit (in der Nähe von Natanya) im Anfang des Jahres 1995 hat die Rabin Regierung die Shahal-Kommission eingesetzt, um einen Plan für eine „Trennungsbarriere“ zwischen Israel und den Palästinensern in der West Bank auszuarbeiten. Nach dem Mord an Rabin (November 1995) wurde der Plan zunächst nicht weiter verfolgt. Die Idee wurde im Umfeld der Camp David Verhandlungen (2000) von dem damaligen Regierungschef Ehud Barak kurzfristig wieder aufgegriffen.

Im März 2001 wurde Barak durch Ariel Sharon als Regierungschef abgelöst, der – wie auch die israelischen Siedler in der West Bank – gegen den Bau eines „Zauns“ war, da er darin eine Gefährdung des israelischen Anspruchs auf die West Bank als Teil von Groß-Israel und der israelischen Siedlungen dort sah. Allerdings musste er seine Position unter wachsendem öffentlichen Druck ändern. Nach dem Selbstmordanschlag auf eine Diskothek im Dolphinarium in Tel Aviv-Yafo im Juni 2001 hatte sich eine Bürgerinitiative „Ein Zaun zum Leben – öffentliche Bewegung für den Sicherheitszaun“ gegründet. Auch andere NGOs, wie zum Beispiel der Rat für Frieden und Sicherheit¹¹, haben sich für den Bau eines „Sicherheitszauns“ öffentlich eingesetzt und zum Teil konkrete Vorschläge zu dessen Verlauf vorgelegt.¹² Eine Welle von Selbstmordanschlägen Anfang 2002 trug dazu bei, große Teile der israelischen Öffentlichkeit für die Idee des „Zauns“ zu gewinnen. Auch machte Amram Mitzna, der Kandidat der Arbeitspartei in den Wahlen 2003, den „Zaun“ zu einem zentralen Anliegen. Zwar besiegte Sharon Mitzna in den Wahlen, aber er musste sich dem Druck der öffentlichen Meinung beugen. So wurde in 2003 mit dem Bau der ersten Etappen

(im nördlichen Teil) begonnen, und in 2004 mit dem Bau einer zweiten Etappe (im südlichen Teil). Die israelische Regierung hat das Gesamtprojekt im Februar 2005 beschlossen. Allerdings hat die Regierung unter Ehud Olmert, den Beschluss im April 2006 noch einmal dahingehend revidiert, dass sich nun weniger West Bank Land und Palästinenser auf der „israelischen Seite“ des „Zauns“ befinden sollen.

Nach anfänglicher Einschätzung sollte der ganze ca. 700 km lange „Sicherheitszaun“ bis zum Sommer 2005 fertig sein. Allerdings wurden bisher (Sommer 2008) lediglich ca. 60 Prozent des „Zauns“ errichtet, und selbst davon sind viele Teile noch umstritten.¹³ Der Verlauf des „Zauns“ ist der Hauptgegenstand der Auseinandersetzungen. Nur etwa 20 Prozent des „Zauns“ stehen auf der grünen Linie, d.h. der Waffenstillstandslinie von 1949. Der Rest steht oder soll auf dem Gebiet der West Bank, d.h. auf palästinensischem Boden, gebaut werden. Die Abweichung ist zum Teil relative gering (ein paar hundert Meter); an anderen Stellen erreicht sie mehr als 20 km. Israelische Befürworter des „Zauns“, die den aktuellen oder geplanten Verlauf kritisieren, fordern in der Regel nicht, dass der „Zaun“ unbedingt auf der grünen Linie stehen muss (oder, falls dies aus topographischen Gründen nicht möglich oder effektiv ist, auf israelischem Boden). Gegenstand der Auseinandersetzung ist vielmehr die Frage, wie viel (und welches) Land der West Bank auf die israelische Seite des „Zauns“ kommen soll. Mit anderen Worten es ist strittig, welche der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten mit eingezäunt werden sollen, und in welchem Ausmaß.

Nachdem Sharon seine Einstellung hatte ändern müssen, beschloss er den „Zaun“ so gut wie möglich für seine politischen Ziele zu nutzen, - eine Sicht, die auch von vielen (wenn auch nicht allen) israelischen Siedlern geteilt wird. Das Bestreben einer maximalen „Einzäunung“ führt einerseits dazu, dass zum Beispiel der „Zaun“/die Mauer bei Jerusalem nicht nur Ost-Jerusalem, sondern auch Givat Zeev (bei Ramallah) und Maale Adumim (auf dem Weg von Jerusalem nach Jericho) einschließt, bis an den Nordrand von Bethlehem reicht und dann am Westrand von Bethlehem entlang läuft, um die Siedlungsgruppe um Gush Etzion mit einzuschließen. Zum anderen entstehen im nördlichen Teil, vor allem bei Kedumim (eine israelische Siedlung zwischen Qalqilya und Nablus) und bei Ariel (eine stadtgroße israelische Siedlung südöstlich von Qalqilya, die fast 30 km von der grünen Linie entfernt liegt) tief in die West Bank reichende „Ausläufer“.

Aus dem Verlauf des „Zauns“ ergeben sich eine Vielzahl von Problemen, von denen hier nur die wichtigsten genannt werden sollen. Wo immer der „Zaun“ nicht auf der grünen Linie verläuft, steht er auf dem Gebiet der West Bank. D.h. nicht nur, dass er auf besetztem Gebiet steht, das – falls es zu einer Zwei-Staatenlösung kommen sollte – potentiell palästinensisches Territorium wäre, sondern häufig auch, dass Privateigentum von Palästinensern für diesen Zweck konfisziert wird. Palästinenser verlieren nicht nur das Land auf dem der „Zaun“

errichtet wird. Nicht selten schneidet der „Zaun“ sie von ihrer Existenzgrundlage ab. So kommt es vor, dass ein Wohnort auf der einen Seite des „Zauns“ liegt, und die Felder, die den Bewohnern des Orts gehören und von ihnen bebaut werden, auf der anderen Seite. Oder der „Zaun“ schließt Strassen mit der Folge, dass Ortschaften von den Infrastrukturen (einschließlich Wasser, medizinische Versorgung, Schulen und Arbeitsplätze), in die sie eingebunden sind, abgetrennt werden, oder dass der Zugang erheblich erschwert wird. So ist die Stadt Qalqilya fast völlig von dem „Zaun“ eingeschlossen; wobei sie nur noch ein schmaler, langer Korridor mit der übrigen West Bank verbindet. Auch kommt es vor, dass der „Zaun“ Palästinenser ganz von der West Bank abschließt, - eine Art „Nebenwirkung“ des Bestrebens, möglichst viele israelische Siedlungen mit einzuzäunen. Da die Siedlungen, die mit eingezäunt werden sollen, in Gebieten errichtet wurden, in denen auch Palästinenser leben, befinden sich Teile dieser palästinensischen Bevölkerung notwendigerweise auf der „israelischen Seite“ des Zauns (oder in „Enklaven“). Diese Menschen werden von der West Bank abgeschnitten und gleichzeitig sind sie von Israel ausgeschlossen. Als palästinensische Bewohner der besetzten Gebiete dürfen sie die grüne Linie nur mit Sondergenehmigung überqueren, sie haben keine Bürgerrechte und sind nicht in die israelischen Infrastrukturen eingebunden.

Angesichts dieser Umstände ist es nicht verwunderlich, dass das „Zaun“-Projekt auf Kritik gestoßen ist, die allerdings bisher zu keiner grundlegenden Änderung geführt hat. Die große Mehrheit der jüdischen Bevölkerung Israels befürwortet das Projekt und glaubt daran, dass es wesentlich für den Rückgang der Selbstmordattentate verantwortlich ist. Der International Gerichtshof hat in einem Rechtsgutachten (9. Juli 2004) befunden, dass der „Zaun“, der jenseits der grünen Linie steht, internationales Recht verletzt.¹⁴ Kurz vorher (30. Juni 2004) hatte auch das israelische Oberste Gericht eine Grundsatzentscheidung zu dem Thema gefällt. Das Gericht akzeptierte die Behauptung der Regierung, dass es sich bei dem „Zaun“ um eine Sicherheitsmassnahme handelt, und befand, dass der „Zaun“ grundsätzlich legal ist. Das Oberste Gericht hat allerdings den Verlauf des „Zauns“ im allgemeinen nicht grundsätzlich erörtert und zu dieser Frage auch keine Entscheidung getroffen. Was zur Verhandlung stand war ein konkreter Teil (westlich von Jerusalem). Diesbezüglich entschied das Gericht, dass der Verlauf die Rechte von Palästinensern verletzt, und deshalb 30 km des bereits gebauten oder geplanten „Zauns“ umgelegt werden müssen.¹⁵ Im darauf folgenden Jahr ging das Oberste Gericht in seiner Entscheidung (15. September 2005) einer von der israelischen Bürgerrechtsorganisation ACRI unterstützten Eingabe sogar noch einen Schritt weiter. Es befand, dass die durch den „Zaun“ in der Umgebung der israelischen Siedlung Alfei Menashe (bei Qalqilya) verursachte Verletzung der Rechte der betroffenen Palästinenser sich nicht aus „Sicherheitsgründen“ rechtfertigen lässt. Der Sicherheit wäre genügt, wenn der „Zaun“ auf der grünen Linie stehe und die Siedlung separat umzäunt werde. Deshalb sei der bestehende „Zaun“ nicht rechtlich und müsse verlegt werden.¹⁶ Nach der Regierungsentscheidung zum „Zaun“-Projekt von 2006 wurde der Zaun in diesem Bereich tatsächlich verlegt, allerdings nicht auf die grüne Linie. Die um

Alfei Menashe liegende Region ist nun – etwas schmaler als vorher – Teil eines L-förmigen „Ausläufers,“ der bis zu Kedumim führt.¹⁷

Die Entscheidungen des Obersten Gerichts machen deutlich, dass sich über den Rechtsweg der Bau des „Zauns“ in der West Bank nicht verhindert lässt, dass es aber möglich ist, den konkreten Verlauf zu ändern, was für die betroffenen Personen von großer Bedeutung sein kann, auch wenn sich der *status quo ante* oft nicht mehr herstellen lässt. Mithin gibt es eine große Anzahl von Gerichtsverfahren (bisher mehr als ein hundert), in denen sich betroffene Palästinenser gegen den Verlauf des „Zauns“ an konkreten Stellen zu wehren versuchen. Die Erfolgsaussichten sind beschränkt. Es hat sich allerdings gezeigt, dass diese zunehmen, wenn die Kläger durch NGOs wie ACRI unterstützt werden, die ihre Erfahrung mit anderen Gerichtsverfahren gegen den Verlauf des „Zauns“ einbringen. Zu diesen NGOs gehört auch der Rat für Frieden und Sicherheit. Der eigene Plan dieser Organisation für den „Zaun“ schließt zwar auch Land in der West Bank mit ein, aber in geringerer Masse und – wie sie meinen – in vernünftigerer Weise als das offizielle Projekt. Die Unterschiede in der Konzeption und vor allem die konkrete Erfahrung in den Gerichtsverfahren bilden die Grundlage für das oben genannte Buch von Arieli und Sfarid und die öffentliche Debatte, die sich in diesem Zusammenhang entwickelt. Die Kritik richtet sich dabei hauptsächlich auf die folgenden Punkte.

Der maximalistische Plan der Regierung erstreckt sich auf israelische Siedlungen, die viel zu weit von der grünen Linie entfernt liegen, was oft eine Verlängerung des „Zauns“ und ein größeres Konfliktpotenzial mit der palästinensischen Bevölkerung nach sich zieht. Diese Ausweitung führt auch zu verstärkter internationaler Kritik. So werden aufgrund des von der US Regierung ausgeübten Drucks Teile des geplanten „Zauns“ (insbesondere im Rahmen der „Ausläufer“ nach Kedumim und Ariel) „vorläufig“ nicht gebaut, ohne dass eine Alternative in Betracht gezogen wird. Auch ist das offizielle Konzept dessen, was als Gebiet einer Siedlung gilt, unnötig maximalistisch. So bezieht sich die Planung des „Zauns“ nicht nur auf das Gebiet der tatsächlich bestehenden Siedlung, sondern sie schließt auch Flächen mit ein, die dem geplanten oder erhofften weiteren Wachstum der Siedlung dienen sollen.¹⁸ Die maximalistische Konzeption der Regierung bringt nicht nur unnötiges Leid für die betroffene palästinensische Bevölkerung, sondern missachtet auch in unverantwortlicher Weise bestehendes israelisches Recht und Rechtsprechung. Dies macht das Projekt gerichtlich anfechtbar, was die Fertigstellung des „Zauns“ verzögert. Der „Zaun“ kann aber seine Sicherheitsfunktion nur erfüllen, wenn er die ganze Strecke abdeckt. Darüber hinaus wird der Bau von Teilstrecken begonnen oder fortgesetzt, selbst wenn Gerichtsverfahren gegen diese Projekte laufen. Wenn das Gericht gegen die Regierung entscheidet, hat dies zur Folge, dass Teile des bereits gebauten „Zauns“ wieder abgerissen werden müssen. Dem „Zaun“-Projekt ist damit nicht gedient und gleichzeitig werden große Summen von Geldern verschwendet, die für andere wichtige Aufgaben fehlen. Auch führt das maximalistische Konzept dazu, dass sich nicht nur in Ost-Jerusalem sondern

auch in der West Bank Palästinenser auf der israelischen Seite des „Zauns“ befinden (ca. 10 000 Menschen in der West Bank). Der „Zaun“ verliert dadurch seine Sicherheitsfunktion, die darauf beruht, dass der Zugang von Palästinensern der West Bank nach Israel verhindert wird.

Wohl nicht zuletzt weil einige der Hauptkritiker Juristen sind, werden als besonders gravierende Nebenwirkung (collateral damage) die potentiellen Implikationen der Verletzung internationalen Rechts für Israels Außenbeziehungen sowie die negativen Auswirkungen für das israelische Rechtssystem hervorgehoben. Demnach hat das Verhalten der offiziellen Vertreter (sowohl der Armee als auch der Regierung) in den Gerichtsverfahren verheerende Folgen. Ganz besonders durch die Teilnahme der NGOs an den Gerichtsverfahren wurde aufgedeckt, dass die offiziellen Vertreter die Gerichte oftmals belügen oder zumindest in ihren Stellungnahmen sehr fahrlässig mit den Tatsachen umgehen. Dies hat – nach Meinung der Kritiker – die Vertrauensgrundlage, auf der bisher das Verhältnis zwischen den Gerichten und anderen staatlichen Stellen beruhte, unwiderruflich erschüttert.

Nach Meinung dieser Kritiker erfüllt das „Zaun“-Projekt der Regierung in seiner gegenwärtigen Form noch immer nicht die versprochene Sicherheitsfunktion und untergräbt die Fundamente des israelischen Rechtsstaats. Darüber hinaus kann es auch als ein Versagen in bezug auf die Siedlungspolitik gesehen werden. Wäre der „Zaun“ dicht bei der grünen Linie gebaut worden, wie es zum Beispiel der Plan, den der Rat für Frieden und Sicherheit ausgearbeitet hat, vorsieht, könnte er schon fertig sein und er wäre ein „Sicherheitszaun“. Da Sharon ihn zu einem Instrument der Siedlungspolitik gemacht habe, habe sein Verlauf auch unweigerlich Implikationen auf die Legitimation der Siedlungen. Nach dieser Lesart bedeutet der Kampf um die „Einzäunung“, dass es sich dabei um Siedlungen handelt, die Israel auf keinen Fall aufgeben will, während die Räumung von Siedlungen, die nicht eingeschlossen sind, potenziell verhandelbar werde. Demnach habe Sharons Politik dazu geführt, dass sich Israel durch den Bau des „Zauns“ mit ca. 7 Prozent der West Bank bei einem endgültigen Abkommen mit den Palästinensern begnüge. Gemessen an Sharons Plänen sei dies ein gewaltiges Versagen. Angesichts der Tatsache, dass der Zwei-Staatenlösung noch viele andere Probleme entgegenstehen, und dass der „Zaun“ sich bisher auch schon – zumindest zum Teil – als „mobil“ erwiesen hat, kann es sich bei dieser Interpretation auch um „wishful thinking“ handeln.

Die Kritiker der „Zaun“-Projekts der Regierung gehören einem weiten Spektrum der israelischen Gesellschaft an, aber sie sind zahlenmäßig relativ wenige. Die große Mehrheit der jüdischen Bevölkerung Israels befürwortet das Projekt und glaubt daran, dass es wesentlich für den Rückgang der Selbstmordattentate verantwortlich ist. Trotz aller Kritik gibt es gegenwärtig keine Anzeichen dafür, dass die israelische Regierung ihre Pläne grundsätzlich revidieren wird. Vielmehr scheint sie entschlossen, weiterhin an jedem Meter mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln festzuhalten.

Ursula Wokoeck
10. August 2008

¹ Ein link zum Video und weitere Informationen befinden sich auf
<http://www.awalls.org/topics/niilin?page=1>

² Yaakov Katz, "Indictments expected in Ni'lin shooting," *Jpost.com*, 2 Aug. 2008.

³ Tovah Lazaroff and Yaakov Lappin, "B'tselem to call for Ni'lin death probe," *Jpost.com*, 4. Aug. 2008.

⁴ Es wird eine stinkende Flüssigkeit, deren Zusammensetzung nicht öffentlich bekannt ist, auf die Demonstranten gespritzt. Für einen Erklärungsversuch, siehe: David Nir, "The occupation's stench sours to new heights at Bil'in and Ni'lin," 8. August 2008, auf
http://www.kibush.co.il/show_file.asp?num=28445.

⁵ Berichte der Solidaritätsbewegung über die Entwicklung befinden sich auf
<http://www.palsolidarity.org>; Berichte der „Anarchists against the Wall“ befinden sich auf deren website: <http://www.awalls.org>; für eine Übersicht der Entwicklungen, siehe auch
http://www.btselem.org/English/Separation_Barrier.

⁶ Das wurde von den Verlagen "Books in the Attic" und "Yedioth Ahronot" herausgegeben (2008).

⁷ Für die website des Rats, siehe: <http://www.peace-security-council.org>.

⁸ <http://www.yesh-din.org>.

⁹ Siehe zum Beispiel Shuki Sadeh, „Waste not, wall not,“ *Ha'aretz* 5. Juni 2008.

¹⁰ Siehe, zum Beispiel, Arieli/Sfard, *The Wall of Folly*, picture 2.

¹¹ <http://www.peace-security-council.org/>

¹² Yossi Alpher, "Chronicle of a good idea gone sour," published 11. Aug. 2003@bitterlemons.org.

¹³ Für eine von B'Tselem erstellte Karte (Stand: Februar 2008) siehe:

http://www.btselem.org/Download/Separation_Barrier_Map_Eng.pdf.

¹⁴ <http://www.icj-cij.org/docket/files/131/1671.pdf>.

¹⁵ Eine englische Übersetzung der Entscheidung befindet sich auf der website von HaMoked:

http://www.hamoked.org.il/next_en.asp?cat_id=15&sub_cat_id=59; für eine Einschätzung der Rechtslage (in Englisch) siehe, zum Beispiel, Adv. Michael Sfard (HaMoked: Center for the Defence of the Individual), "The Fight Against The Separation Wall: The Legal Front in Israel," paper delivered at the United Nations International Conference of Civil Society in Support of the Palestinian People, New York, September 13-14 2004 – at
<http://www.hamoked.org.il/items/7090.pdf>.

¹⁶ Ein Bericht zu der Entscheidung befindet sich auf der ACRI website:

<http://www.acri.org.il/eng/Story.aspx?id=229>; eine englische Übersetzung der Gerichtsentscheidung auf elyon1.court.gov.il/Files_ENG/04/570/079/a14/04079570.a14.htm.

¹⁷ Arieli/Sfard, *The Wall of Folly*, map 18.

¹⁸ Das trifft auf die meisten, wenn nicht alle Siedlungen zu. Durch die kontinuierlichen Proteste in Bil'in und Ni'lin ist Modi'in wohl der bekannteste Fall.